

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung verhindern!**

Die auf Bundesebene geplanten Veränderungen in der Gesundheitspolitik, die zu einer deutlichen Belastung der gesetzlich Versicherten in der Kranken- und der Pflegeversicherung führen werden, haben das übergreifende Ziel einer Privatisierung von Krankheits- und Pflegerisiken. Der Einstieg hierzu erfolgt gegenwärtig über die Zusatzbeiträge für die Krankenkassen. Folgende Instrumente sind zusätzlich vorgesehen:

- dauerhaftes Einfrieren des Arbeitgeberanteils,
- die Einführung der Kopfpauschale,
- die gesetzliche Krankenversicherung soll zur Basisversicherung werden,
- Ausgliederung von Versicherungsleistungen,
- erleichterter Wechsel in die private Krankenversicherung.

Zwar sollen nicht alle krisenbedingten Einnahmeausfälle der Krankenkassen den Versicherten aufgebürdet werden. Allerdings ist vor dem Hintergrund stagnierender oder sinkender Beitrags- und Steuereinnahmen abzusehen, dass die Zusatzbeiträge nicht länger begrenzt werden können. Das trifft vor allem Kranke, Ältere, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Empfängerinnen und Empfänger von Grundversicherung. Dies bedeutet den Abschied von einer solidarischen und zukunftssicheren Gestaltung des Gesundheitssystems.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zur solidarischen Finanzierung unseres Gesundheitssystems. Die Einbeziehung aller in eine solidarische Bürgerversicherung, zu der alle Einkommensarten herangezogen werden, ist das Ziel, dem die Bürgerschaft sich verpflichtet fühlt.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt jeden Versuch der einseitigen Belastung der Versicherten mit den Kosten des Gesundheitswesens sowie Schritte in eine Privatisierung von Krankheitsrisiken ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine solidarisch finanzierte und organisierte Krankenversicherung nicht weiter ausgehöhlt wird.

Winfried Brumma, Ulrike Hiller,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Doris Hoch, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen